



Iran: Ein frauenfeind- liches Gesetz



Eigentlich ist es ein Anti-Familien-Gesetz, das als „Familienschutz-Gesetz“ deklariert wird. Die iranische Frauenrechtsbewegung protestiert gegen die neue Gesetzesvorlage.

Die iranische Frauenrechtsbewegung protestiert gegen die neue Gesetzesvorlage. Die Gesetzesvorlage zum „Schutz der Familie“ wurde auf Vorschlag des Justizministeriums am 26. August 2007 in der Kommission für Rechtsfragen des iranischen Pseudoparlaments abgesegnet und soll demnächst staatliches Gesetz werden.

Seite 5



Erneut Minderjähriger im Iran hingerichtet

Im Iran werden immer mehr junge Männer hingerichtet, die zur Tatzeit minderjährig waren. Dies verstößt gegen internationale Konventionen, die Teheran unterzeichnet hat.

Im Iran steigt die Zahl von jungen Männern, die hingerichtet werden, weil sie als Jugendliche Straftaten begangen haben. Jüngster Fall war der neunzehnjährige Häftling **Behnam Zare**, der in der Nähe der südiranischen Stadt Schiraz erhängt wurde. Er hatte vor vier Jahren im Streit einem Spielgefährten unbeabsichtigt mit einem Schlag versetzt, der zum Tod des Gleichaltrigen führte. Danach wurde Behnam, der damals die erste Klasse der Oberschule besuchte, ins Gefängnis gesteckt.

Seite 2



يعقوب مهرانهاد: ادبيركن الجمن جوانان صدائى عدالت
Yaghoub Mehrnahad, Journalist und Bürgerrechtler wurde hingerichtet

Seite 3



Internetanbietern droht Exekution

Seite 5



ein bevorstehender Krieg gegen den Iran?

Seite 6

Siemens-Affäre: Pierer soll Iran-Kontaktmann geschmiert haben

Seite 8

Erneut Minderjähriger im Iran hingerichtet



Im Iran werden immer mehr junge Männer hingerichtet, die zur Tatzeit minderjährig waren. Dies verstößt gegen internationale Konventionen, die Teheran unterzeichnet hat.

Im Iran steigt die Zahl von jungen Männern, die hingerichtet werden, weil sie als Jugendliche Straftaten begangen haben. Jüngster Fall war der neunzehnjährige Häftling Behnam Zare, der in der Nähe der südiranischen Stadt Schiraz erhängt wurde. Er hatte vor vier Jahren im Streit einem Spielgefährten unbeabsichtigt mit einem Schlag versetzt, der zum Tod des Gleichaltrigen führte. Danach wurde Behnam, der damals die erste Klasse der Oberschule besuchte, ins Gefängnis gesteckt.

Ein Gericht verurteilte den Fünfzehnjährigen wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode durch den Strang. Selbst wenn der Täter keinen Mord beabsichtigt habe, hätte er wissen müssen, dass ein Schlag tödlich sein könne, begründete das Gericht die Höchststrafe. Das Urteil konnte nicht vollstreckt werden, weil der Verurteilte noch minderjährig war.



Ohne seine Eltern oder seinen Anwalt zu benachrichtigen, wurde Behnam am frühen Morgen erhängt. Sein Anwalt, Mohammad Mostafai, erklärte, die Entscheidung habe ihn schockiert. Bei seinem letzten Besuch im Gefängnis habe ihn der junge Mann "mit unschuldigen, tränenvollen Augen" angeschaut und gesagt, er könne sich nicht vorstellen, dass er den

Spielkameraden tatsächlich getötet haben soll, sagte der Anwalt.

Ein Kind, für welches Verbrechen auch immer, zum Tode zu verurteilen, ist mittelalterliche Barbarei. Ihn auch noch solange im Gefängnis zu behalten, bis er das erlaubte Mindestalter erreicht hat, um gehängt zu werden, kann nur noch als sadistisch bezeichnet werden.

Behnam war nicht der erste junge Mann, der der Brutalität der iranischen Justiz zum Opfer fiel. Wie die Tageszeitung Etemad berichtete, wurde eine Woche zuvor der 20-jährige Reza Hejazi, der als Minderjähriger einen Mord begangen hatte, im Gefängnis von Isfahan erhängt. Er hatte als 15-Jähriger bei einer Prügelei einen anderen Jugendlichen erstochen. Dem Bericht zufolge hatte Hejasis Anwalt um einen Aufschub gebeten, um durch eine finanzielle Einigung mit der Familie des Mordopfers die Hinrichtung zu verhindern. Die Behörden hätten dem Antrag zugestimmt. Doch vier Stunden später, nachdem der Anwalt das Gefängnis verlassen habe, sei der Verurteilte erhängt worden.



Einen Tag vor der Hinrichtung Hedjazis waren Todesurteile gegen weitere zwei Männer bekannt geworden, die zurzeit der Tat minderjährig waren.

Behnam Zare ist bislang der sechste Jugendliche, der in diesem Jahr hingerichtet wurde. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen befürchten zurzeit 132 Jugendliche in iranischen Gefängnissen, demnächst getötet zu werden.

Iran hat 1976 den UN-Zivilpakt und 1994 die Kinderrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, keinen zum Tatzeitpunkt Minderjährigen hinzurichten. Das Europaparlament hatte im Juni die Hinrichtung Minderjähriger im Iran in einer Entschliessung scharf verurteilt. Die Abgeordneten wiesen auch auf Berichte hin, nach denen mehr als hundert Häftlinge mit der Hinrichtung für Vergehen rechnen müssen, die sie als Minderjährige begangen haben.

Todesstrafe gegen kurdischen Studenten im Iran

Im Iran ist ein 26-jähriger Student wegen Unterstützung einer kurdischen Oppositionspartei zur Todesstrafe verurteilt worden. Damit ist die Anzahl der von Hinrichtung bedrohten Kurden im Iran auf acht gestiegen. Bei sieben von ihnen lautet der Vorwurf Unterstützung der PKK oder der PJAK. Der Journalist Adnan Hasanpour wird der Spionage beschuldigt.

Bei den zum Tode Verurteilten handelt es sich um:

1. Adnan Hasanpur (Journalist)
2. Abdulvahid Hiwa Botimar (Journalist)
3. Ferzad Kemanger (Lehrer)
4. Enwer Huseynpenahi (Lehrer)
5. Ferhad Wekili (Lehrer)
6. Eli Heyderiyan (Lehrer)
7. Erselan Ewliyayi (Lehrer)
8. Hebibulla Letifi (Student)



Yaghoub Mehrnahad, Journalist und Bürgerrechtler wurde hingerichtet

يعقوب مهريناهاد: دبيركنى النجمن جوانان صدای عدالت

Die Iraner trauern, sind geschockt und wütend über die Hinrichtung von Yaghoub Mehrnahad.

Yaghoub Mehrnahad war Journalist und Bürgerrechtsaktivist, sowie Vorsitzender des Vereins "Javanan Sedaye Edalat" (Jugend, Stimme der Gerechtigkeit). Er wurde nach einer Konferenz mit dem Titel "Junge Menschen fragen, Staatsvertreter antworten" verhaftet und zum Tode verurteilt. Während seiner Gerichtsverhandlung waren weder er, noch sein Anwalt, noch Angehörige anwesend.

Sein Verein "Javanan Sedaye Edalat" gehört zu den aktivsten NGOs in der Provinz Sistan-va-Baluchestan und engagiert sich in verschiedenen

Bereichen, wie etwa im Kampf gegen AIDS und Hepatitis oder für die Vorsorge von Frauen und Kindern gegen Krankheiten, gegen Analphabetismus, gegen Persepektivlosigkeit usw...



Yaghoub Mehrnahad hat in seinen Artikeln immer wieder die Zustände seiner Provinz kritisiert und auf Korruption und Willkür hingewiesen. Keine einzige seiner Aktivitäten macht ihn kriminell. Es gibt keinerlei Dokumente und Beweise zu den Anschuldigungen gegen ihn. Woanders, in einer zivilisierten, rechtsbewussten Gesellschaft, hätte er mehrere Auszeichnungen für seinen Einsatz bekommen. Im Iran aber hat er nun mit seinem Leben bezahlt und nicht nur das, er wird auch noch als Terrorist entwürdigt.

Was ist nur los mit unseren Journalisten? Kein Wort über den wahren Mehrnahad, kein Wort über seine Sehnsucht nach Gerechtigkeit!



Iran: Christliches Ehepaar stirbt nach Razzia

Im Iran ist ein älteres christliches Ehepaar nach einer Razzia auf eine Untergrund-Gebetsversammlung gestorben. Abbas Amiri und seine Frau Sakineh Rahnama, beide über 60 Jahre alt, hatten am 26. Juli in Malek Shahr bei Isfahan eine Versammlung von annähernd 20 Christen geleitet. Dabei wurde für Kranke gebetet; zwei Personen wurden getauft.

Nach Angaben der Informationsdienste Farsi Christian News und Compass Direct sprengten Geheimpolizisten die Versammlung, schlugen die Teilnehmer, darunter sechs Frauen und zwei Kinder, und nahmen sie fest. Ferner beschlagnahmten sie christliche Literatur. Amiri musste später in das Sharieti-Krankenhaus von Isfahan eingeliefert werden. Er erlag am 30. Juli seinen schweren Verletzungen. Seine Frau starb am 3. August an den Folgen der psychischen Anspannung. Den Informationsdiensten zufolge befinden sich alle Festgenommenen, einschliesslich der Kinder, noch in Gewahrsam.



Iran ist kein Rechtsstaat!



In Gedenken an hingerichteten Personen im Iran

Im Iran wird am heiligsten Tage, ohne jegliches Einschreiten, ein Mann namens Majid Kuwassifar mit seinem Neffen Hossein an den Galgen geführt. Kurze Zeit später, schweben ihre Körper in der Luft. Der letzte Halt wird ihnen unter den Füßen weggeschlagen. Ein letztes Lächeln von Majid Kuwassifar, ein letzter von Angst gezeichneter Blick seines Neffen. Die Menschen machen Fotos mit ihren Handys, Kinder starren in den Himmel. Zwei Körper in der Schweben. Genickbruch. Aus den umliegenden Häusern gaffen Menschen. Menschen. Eine Weile werden sie da noch gehangen sein. Eine Art Abschreckung. Genauso wie Atefah. Atefah Sahaaleh.

Das Leben eines Menschen wird innerhalb kürzester Zeit beendet. Und es gibt eine Masse an Zeugen. Augenzeugen. Menschen. Menschen, die ihren Blick nicht abwenden.

Erschüttert logge ich mich bei Youtube ein. Majid Kuwassifar. 28 Jahre. Ein paar Tage später, hatte ich keinen Zugriff mehr auf das Video.

Das World Wide Web berichtet nicht. Und auch sonst niemand, bis auf Kermani. Dafür bin ich dankbar. Und ich wünschte, man könnte öfter dankbar sein. Man sollte öfter dankbar sein.

Atefah ist in einem kleinen Dorf, fünf Stunden Autofahrt von Thera entfernt, aufgewachsen. Ihr Mutter starb bei einem Autounfall, als Atefah vier Jahre alt war. Ihr Vater seit jeher abhängig von Drogen.

Atefah war auf der Suche. Diese Suche endete jedoch im Tod. Der Tod durch Erhängen. An einem Kran. Gegen sechs Uhr Morgens.

Nicht in ihrem Dorf. In einem Dorf weiter.

Ihr Vater hatte davon keine Ahnung. "Sie haben Atefah erhängt - Sie haben deine Tochter getötet".

Auch wenn es nicht so scheint, im Iran gibt es ein Gesetz, dass die Todesstrafe untersagt, wenn ein Mensch, ein Mensch, dass achzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht hat.



Atefah Sahaaleh war 16 Jahre. Zur Last wurde ihr gelegt: "ausserehelicher Geschlechtsverkehr" - Atefah Sahaaleh war nicht verheiratet. Desweiteren wurde sie zuvor bereits zweimal von der "Sittenpolizei" aufgegriffen für unkeusches Verhalten, und bekam dafür jeweils 100 PEITSCHENSCHLÄGE.

Atefah Sahaaleh. 16 Jahre. Halbweise. Opfer einer Vergewaltigung über den Zeitraum von drei Jahren. Opfer des Mullah-Regimes.

All das hat nichts mit dem islamischen Glauben zu tun. Nichts mit dem Koran! Diese Vollstreckung verrichten nicht Muslime. Diese Vollstreckung verrichten Mörder. Auftragsmörder. Die Mörder des Regimes - und die Welt sieht zu.

Der Iran achtet keine Menschenrechte. Der Iran verlangt von einer Frau zwei Zeugen vorzuführen, um eine Vergewaltigung zu beweisen. Aber nicht nur der Iran. Indien und Pakistan schliessen sich dem an.

Diese Vorschrift hat nichts mit dem Islam zu tun. Diese Vorschrift ist Sünde.

Das Mullahregime nutzt die Sharia um das Volk zu unterdrücken, zu knechten.

Atefah ist tot. Madjiid ist tot. Hossein ist tot. Und viele Andere!

Das Urteil, welches normalerweise einen langen Weg bis zur Vollstreckung vor sich hat, wurde innerhalb weniger Wochen vollzogen.

In Gedenken an Atefah Sahaaleh, Madjid Kawassifar und Hossein Kawassifar.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Internetanbietern droht Exekution




Wer im Iran seine Meinung offen sagt, muss das Regime fürchten. Die Mullahs wollen die Strafen noch verschärfen, warnen die

Menschenrechtlern und kritisieren das Desinteresse im Westen.

Viele iranische Internetaktivisten könnte ihr Engagement bald das Leben kosten. Die iranische Anwälte und Menschenrechtlern warnen vor drastischen Plänen der Regierung gegen die Verbreitung unliebsamer Inhalte - neben Pornografie auch alles, was "gegen die Religion" gerichtet ist.

"Das Schlimmste ist ein Gesetz, das derzeit im Madschlis liegt", sagte ein Anwalt in Teheran. "Wenn es verabschiedet wird, droht den Verantwortlichen solcher Websites die Exekution." Das Gesetz wurde vom konservativ dominierten Parlament - dem Madschlis - als Entwurf bereits angenommen.

Die Formulierung "gegen die Religion" ist besonders brisant in dem religiös begründeten Staat und könnte gegen zahlreiche Regimegegner genutzt werden. Schon der Abfall vom Glauben gilt im Iran als Angriff auf den Bestand der Islamischen Republik. Umgekehrt könnte Kritik an der Staatsführung als Angriff auf deren religiöse Position gewertet werden. Ajatollah Ali Chamenei etwa ist als oberster Führer zugleich weltliches und geistliches Oberhaupt des Iran. Das Internet ist für Millionen Iraner die einzige Möglichkeit, an freie Informationen zu gelangen. Etliche haben innerhalb und ausserhalb des Landes Weblogs aufgebaut, in denen die Politik des Landes diskutiert wird.

"Die Zensur ist sehr scharf im Iran", sagten die Menschenrechtlern im Iran. "Zahlreiche Zeitungen sind geschlossen worden, etliche Websites werden gefiltert und blockiert." Auch unter der Regierung der sogenannten Reformer seien die Menschenrechte missachtet worden. Die Lage habe sich aber unter Präsident Mahmud Ahmadinejad deutlich verschlechtert. "Sogar Kritik an der Regierung wird mit Aktionen gegen die nationale Sicherheit gleichgesetzt", sagen sie. 

Iran: Ein frauenfeindliches Gesetz



Eigentlich ist es ein Anti-Familien-Gesetz, das als „Familienschutz-Gesetz“ deklariert wird. Die iranische Frauenrechtsbewegung protestiert gegen die neue Gesetzesvorlage.

Die Gesetzesvorlage zum „Schutz der Familie“ wurde auf Vorschlag des Justizministeriums am 26. August 2007 in der Kommission für Rechtsfragen des iranischen Pseudoparlaments abgesegnet und soll demnächst staatliches Gesetz werden.

Die Fundamente der Familie werden zerstört

Die iranischen Frauenrechtsbewegung meinen, dass die neue Gesetzesvorlage „nicht nur die Rechte der Frauen in einer besorgniserregenden Art und Weise bedroht, sondern es besteht die Befürchtung, dass die Grundlagen und Fundamente der Familie im Land solche erschreckenden Rückschläge erhalten, dass für eine lange Zeit keine Gelegenheit mehr zur Wiedergutmachung bestehen wird.“

Die historischen Tatsachen belegen aber, dass die meisten Muslime im Iran, von den nicht-muslimischen Andersdenkenden ganz zu schweigen, sich heute eine freie Gesellschaft herbeisehnen, die im Rahmen eben dieses Gesetz nicht mehr möglich ist.

Ein Gesetz für reiche Männer

Die Menschenrechtler warnen insbesondere vor Artikel 23 dieser Gesetzesvorlage, die den „Männern erlaubt, im Falle des finanziellen Reichtums, ohne die Erlaubnis der ersten Frau, einen zweiten Ehevertrag – wohl auch weitere - gerichtlich abzuschliessen, mit der Verpflichtungserklärung, dass Gerechtigkeit hergestellt werde.“Es sei eindeutig, für welche „Schichten und Gruppen der Männer der iranischen Gesellschaft dieses Gesetz konzipiert worden ist.“



Iran ist kein Rechtsstaat!

Aber diese „unglaubliche Massnahme“ habe eine „Welle von Besorgnissen“ unter den iranischen Frauen geschaffen. Mit der Ratifizierung dieses „Gesetzes gegen die Familie im Majless werden Bedingungen geschaffen, die der Institution der Familie tiefe Schläge erteilen werden.“ Eine Institution, die ohnehin auf Grund der „besonderen wirtschaftlichen Bedingungen des Landes mit ernsthaften Problemen konfrontiert ist.“



EU verhängt neue Sanktionen gegen Iran



Angesichts des ungelösten Streits über das iranische Atomprogramm hat die Europäische Union neue Sanktionen gegen Teheran verhängt. Künftig sollen Finanzgeschäfte mit iranischen Banken, vor allem der Saderat-Bank, schärfer überwacht werden.

Wie die französische EU-Ratspräsidentschaft mitteilte, sollen ausserdem in allen EU-Ländern iranische Flugzeuge und Schiffe stärker kontrolliert werden, um etwaige verbotene Ladungen ausfindig zu machen.

In London verlautete derweil, die Vereinigten Staaten und Grossbritannien planten noch zusätzliche Sanktionen. Diese sollten sich vor allem gegen den iranischen Energiesektor richten, etwa die Herstellung von Flüssiggas. Man hoffe, dass sich auch Deutschland und Frankreich daran beteiligten, sagte ein britischer Regierungsbeamter. Die Strafmassnahmen seien jedoch kein Ersatz für die angekündigten EU-Sanktionen sowie für neue UN-Sanktionen, die gegen Jahresende im Weltsicherheitsrat erörtert werden dürften.

Iranische Banken unterlaufen Sanktionen der UN

Drei UN-Vetomächte haben vor den Aktivitäten iranischer Banken gewarnt. In einem Schreiben an

den Sicherheitsrat der UN hiess es, die Kreditinstitute unterliefen durch geheime Transaktionen die Sanktionen der UN.

Im Atomstreit mit dem Iran haben drei UN-Vetomächte vor den Aktivitäten der iranischen Zentralbank und anderer Kreditinstitute des Landes gewarnt. Diese versuchten, durch geheime Transaktionen Sanktionen zu unterlaufen, erklärten die USA, Frankreich und Grossbritannien in einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN). Deshalb müssten die Geschäfte der Banken besonders streng überwacht werden, hiess es.

Wegen des umstrittenen Atomprogramms haben die UN dreimal Sanktionen gegen die Islamische Republik verhängt. Darunter sind auch Strafmassnahmen gegen das grösste iranische Institut Bank Melli. Die USA haben Geschäfte mit der Bank Melli und der Bank Saderat verboten. Die Europäische Union hat die Bank Melli auf ihre Schwarze Liste gesetzt.



Weitere Anzeichen für einen bevorstehenden Schlag gegen den Iran?



Die grösste holländische Zeitung "De Telegraaf" hat am Freitag, den 29. August 2008 mit einem Aufsehen erregenden Artikel auf der Titelseite die Behauptung aufgestellt,

dass der niederländische Geheimdienst AIVD kürzlich seine Aktivitäten im Iran vorübergehend eingestellt hat und seine Agenten zurückzog, weil "innerhalb von Wochen" eine militärische Aktion gegen den Iran erwartet wurde. In der Vergangenheit soll der AIVD dort die CIA bei Sabotage- und Infiltrierungsaktionen unterstützt haben. Ein iranischer General hat heute davor gewarnt, ein Angriff auf den Iran "würde einen Weltkrieg auslösen".

Demnach ist (oder war) vorgesehen, den Iran mit unbemannten Flugzeugen anzugreifen. Eine entsprechende Entscheidung sei in den USA getroffen worden - diese Informationen hatte ein niederländischer Agent dem



Iran ist kein Rechtsstaat!

bekanntem holländischen Journalisten Joost de Haas anvertraut. Als Ziele für die Bombardements wurden Kernkraftwerke, militärische Einrichtungen und vom AIVD ausspionierte Objekte genannt. Westliche Geheimdienste befürchten, dass der Iran bis zum Jahr 2010 über eine funktionierende Atombombe verfügen wird.

Iranische Medien haben diesen Artikel heute ebenfalls aufgegriffen. Ob es sich hier um eine False-Flag Operation des niederländischen Geheimdienstes handelt oder nicht, dem Journalisten, der auch in der Vergangenheit dank guter Beziehungen zu den Schlapphüten diverse Korruptions-Skandale in der holländischen Politik aufdeckte, kann man jedenfalls keinen unseriösen Journalismus vorwerfen.

Warnungen, dass die USA den Iran angreifen wolle, hat es in den letzten Wochen immer wieder gegeben. So zuletzt durch den investigativen Journalisten Samuel Hersh, der mit dem populär gewordenen Artikel "[Preparing the Battlefield](#)" erfahren haben will, dass Bush noch vor dem Ende seiner Amtszeit entsprechende Pläne hege. Oder der ehemalige US-Regierungsberater und CIA-Analyst Ray McGovern, der jüngst von einem "perfect storm seems to be gathering in late summer or early fall" sprach. Ein Bericht der "Asian Times" datierte sogar den möglichen Angriff auf August 2008.

Bloss, wie wir alle wissen, hatte in diesem Monat ein Verbündeter der USA "missverständliche Signale" aus dem Weissen Haus erhalten, die ihn zum Einmarsch in Südossetien veranlassten und damit eine Kettenreaktion auslöste, die momentan als "Kaukasus-Krise" die Welt in Atem hält. Spekulationen über eine synchron geplante militärische Aktion seitens Georgiens und den USA, um Russland vom Beistand gegen den Iran abzuhalten, entbehren im Moment natürlich jeder Grundlage.

Ein hochrangiger militärischer Befehlshaber des Iran hat heute jedenfalls schon mal vorsorglich darauf hingewiesen, ein Militärschlag gegen das Land "würde einen Weltkrieg auslösen".



Ein Kommentar zur OMV Gas-Geschäfte mit den Mullahs

Vor einigen Wochen gab der französische Energie-Multi Total bekannt, er werde geplante Milliardeninvestitionen im Iran stoppen. Das politische Risiko für Geschäfte im Mullah-Staat sei zu hoch geworden. Shell und die spanische Repsol hatten Ähnliches bereits im Mai verkündet. Die OMV zeigt sich von derartigen Verlautbarungen allerdings unbeeindruckt. Genauso wie Österreichs Regierung, die derartige Geschäfte weiterhin unterstützt.

Das Aussenministerium wies den Vorwurf, eine Appeasement-Politik gegenüber Irans Regime zu betreiben, zurück. Die Unterstützung der Bundesregierung und der Regierungsparteien für den geplanten Milliarden-Deal der OMV ist aber noch schlimmer als jenes Appeasement, bei dem irrigerweise geglaubt wird, man könne dem Mullah-Regime durch Zugeständnisse Wohlverhalten abtrotzen.

Das anvisierte Milliardengeschäft würde die iranische Diktatur nicht nur zu einem der Haupthandelspartner Österreichs, sondern auch zu einem wichtigen strategischen Partner Europas befördern. Es liegt auf der Hand, dass der Abschluss eines Geschäfts von diesem Ausmass sowohl einen propagandistischen als auch einen politischen und ökonomischen Erfolg für die "Islamische Republik Iran" darstellen würde.

Die Aussenhandelsbeziehungen sind für die Mullahs stets auch ein Instrument, um im Politstreit um das Nuklearwaffenprogramm, das dem iranischen Regime demnächst die Mittel in die Hand zu geben droht, seine Vernichtungsfantasien gegenüber dem Staat der Holocaust-Überlebenden auch in die Tat umzusetzen, Erfolge zu erzielen. Zudem werden Aussenhandelsgewinne erwiesenermassen zur Unterstützung des internationalen Terrorismus verwendet.

Gegen solch ein Regime kann man sich nicht auf verbale Kritik und minimale Sanktionen beschränken. Gerade Österreich sollte sich an die Spitze jener stellen, die konsequent



gegen das Regime in Teheran vorgehen, nicht an die Spitze jener, die einerseits zwar den Terror der Ajatollahs verurteilen, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass Milliardenbeträge in die Staatskasse jener gespült werden, die seit fast 30 Jahren die eigene Bevölkerung drangsaliieren, Millionen Iraner ins Exil getrieben haben und Israel vernichten wollen.

Und konsequent bedeutet das, auf Holocaust-Leugnung, Vernichtungsdrohungen und das Festhalten am Atomprogramm nicht mit Protestnoten – die von den iranischen Machthabern ebenso routiniert registriert wie ignoriert werden – zu reagieren, sondern beispielsweise mit umfassenden Wirtschaftssanktionen. □

Die deutsche Bundesregierung setzt sich gegen Diskriminierung von Frauen im Iran ein

Berlin: (Die Bundesregierung setzt sich bilateral und gemeinsam mit ihren europäischen Partnern für die Rechte der Frauen in Iran ein. Dies erklärt sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Für iranische Frauen gebe es im Straf- und Privatrecht zahlreiche diskriminierende Beschränkungen, die gegen den Gleichheitsgrundsatz und die Menschenrechte verstießen. Sie würden zum Beispiel in Fragen des Aufenthaltsbestimmungsrechts, des Erbrechts, im Scheidungsrecht, beim Sorgerecht und im Arbeit- und Sozialversicherungsrecht benachteiligt. Frauenrechtsaktivistinnen würden in ihrer Arbeit behindert und müssten mit Festnahmen und Gefängnisstrafen rechnen. Ein dem iranischen Parlament vorliegender Gesetzentwurf über den "Schutz der Familien" würde die Diskriminierung der Frauen noch verstärken, so die Bundesregierung. □



**Siemens-Affäre:
Pierer soll Iran-
Kontaktmann gesch-
miert haben**

Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer und zehn seiner ehemaligen Kollegen müssen sich "schwere

Versäumnisse" vorwerfen lassen. Pierer selbst soll in den Jahren 2003 bis 2006 Zahlungen für ein Kraftwerksprojekt an einen iranischen Mittelsmann ermöglicht haben. Jetzt wird es eng für den Ex-Manager.

Die neue Siemens-Führung ist bei der Aufarbeitung der seit knapp zwei Jahren schwelenden Korruptionsaffäre offenbar schon deutlich weiter vorangekommen als bislang bekannt. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet, stellte die vom Aufsichtsrat mit der Prüfung von Schadenersatzklagen gegen ehemalige Siemens-Vorstände beauftragte Kanzlei Hengeler Mueller bereits umfangreiche Untersuchungen an, die dem Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer und zehn seiner ehemaligen Kollegen schwere Versäumnisse bescheinigen.

Nach ihrer Analyse war das hauseigene Anti-Korruptionssystem des Konzerns bereits seit 2001 „objektiv mangelhaft“, wie das Magazin berichtet. Die früheren Zentralvorstände hätten die im Konzern verborgenen Korruptionsrisiken massiv unterschätzt, Verstöße nicht ausreichend geahndet und die Einhaltung der vorgegebenen Regeln nur rudimentär kontrolliert. Obwohl sich ab Sommer 2003 die Verdachtsfälle bereits häuften, habe das damalige oberste Führungsgremium unter Pierer interne Vorschläge zur Verbesserung des Anti-Korruptionssystems verworfen.

Dem Bericht zufolge formulierten die Juristen bereits gegen mehrere Ex-Vorstände konkrete Vorwürfe. Pierer selbst solle zwischen 2003 und 2006 im Zusammenhang mit einem Kraftwerksprojekt im Iran Zahlungen an einen arabischen Mittelsmann in Höhe von 650.000 Euro ermöglicht haben, obwohl der Konzern schon Jahrzehnte zuvor aus dem Geschäft ausgestiegen war. Der Ex-Siemens-Chef sei vergangene Woche verreist gewesen und wolle sich zu den Vorwürfen gegenüber seinem Ex-Arbeitgeber erst äussern, wenn alle Unterlagen eingegangen seien und er sie mit Hilfe seiner Anwälte geprüft habe, schreibt das Magazin.

Siemens hatte in der vergangenen Woche angekündigt, gegen elf ehemalige Vorstände, darunter Pierer und Ex-Chef Klaus Kleinfeld, Schadenersatzklagen zu erheben. □

Iran ist kein Rechtsstaat!